

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post vorkostenfrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für einmalige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Das Finanz-Ministerium hat die Kontrolorsstelle bei der Landeshauptkasse in Hermannstadt dem Adjunkten dieser Kasse, Ferdinand Kuchler, verliehen.

Die k. siebenbürgische Hofkanzlei hat den Komitatgerichtsrath beim Komitatsgericht zu Szegedin, Julius Szent Györgyi de Nagy Napolt, ferner den Vorsteher des Bezirksamtes Sárkány, Johann Puskarin, dann den Offizial Ludwig von Bajesi de Haraly, endlich den Konzipisten der Statthalterei in Hermannstadt, Wilhelm Baron v. Konradshelm, zu Hofkonzipisten daselbst zu ernennen befunden.

Das provisorische königlich kroatisch-slavonische Hofdiakaterium hat einvernehmlich mit dem Agramer erzbischöflichen Ordinariate den Priester der Agramer Erzdiözese, Alexander Stibobar, zum Religionslehrer am Agramer königl. Obergymnasium ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Die Verfassung und die Reichseinheit.

□ Laibach, 17. März.

Durch die mit dem kaiserlichen Patente vom 26. Februar 1861 erlassenen Grundgesetze ist Oesterreich in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingetreten. — Das Grundgesetz über die Reichsvertretung spricht es klar und präzis aus, daß Reichssteuern und Reichsgesetze durch die förmliche Zustimmung des legislativen Körpers bedingt sind, daß somit nicht nur die Ansprüche an die Steuerkraft des Staates, sondern auch die Verwendung der Staatseinkünfte der Erörterung des Reichsrathes unterliegen, worin eben das Wesen des Konstitutionalismus besteht. Die hiernach dem österreichischen Reichsrathe zustehende Feststellung des Reichsbudgets, Bewilligung von neuen Steuern und neuen Anleihen, die vollständige Kontrolle des Staatshaushaltes mit Inbegriff der Staatsschuld, die Öffentlichkeit der Verhandlungen und das wichtige Recht der Initiative zu Gesetzesvorschlägen, gibt ihm den vollen Charakter einer konstitutionellen Einrichtung.

Das Staatsrecht kennt keine allgemein anwendbare Musterverfassung, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Verfassung eines jeden Staates in den gegebenen spezifisch-eigenenthümlichen Verhältnissen wurzeln muß, wenn sie lebensfähige Keime enthalten soll. Wer die provinziellen Sondergestaltungen Oesterreichs, in dem sich fast alle Nationalitäten in unlösbarer Verschlingung zusammenfinden, zu überblicken vermag, wird gewiß die Schwierigkeit nicht verkennen, für das Gesamtreich lebensfähige Verfassungsfundamente zu schaffen, die zwar den mannigfaltigen Verhältnissen der einzelnen Theile des Reiches möglichst gerecht werden, gleichwohl aber jene Einheit des Kaiserthumes begründen und festhalten sollen, die dessen Stellung als europäische Großmacht — ein Postulat der politischen Nothwendigkeit — zu wahren geeignet sind. — Wir glauben in den erlassenen Grundgesetzen solche Verfassungsfundamente zu finden. — Die dreifache Gliederung der Vertretungskörper in die Landtage, den engeren Reichsrath und die allgemeine Reichsvertretung läßt den einzelnen Kronländern einen genügenden Spielraum zur selbstständigen Entwicklung ihrer speziellen Landesinteressen, — sichert den westlichen Ländern der Monarchie, die seit einer langen Reihe von Jahren gemeinschaftliche Gesetze gehabt haben, den Fortbestand dieses eben so wohlthätigen als nothwendigen Verbandes und wahrt zugleich die Einheit

des Reiches in Beziehung auf alle Theile und namentlich die östliche Hälfte der Monarchie. — Wenn hiebei in Betreff der Kompetenzbestimmungen für die legislativen Körper von den Grundsätzen des kaiserl. Diploms vom 20. Oktober 1860 nicht abgewichen werden konnte, so lag der Grund hievon wohl nur darin, daß es einerseits durchaus nicht rathsam schien, die Bahn der in den letzten Jahren theils mit — theils ohne Grund angefochtenen Zentralisation wieder zu betreten, und daß es andererseits gegenwärtig unmöglich war, die den Ländern der ungarischen Krone mit dem vorgedachten Diplome gewährten Zugeständnisse in ihrer Wesenheit zu beeinträchtigen und dadurch die beabsichtigte Vollendung des Verfassungswerkes im Wege der Versöhnung mit der östlichen Hälfte des Reiches in vorhinem in Frage zu stellen. Diese Gründe lassen auch entnehmen, warum derzeit die gewiß wohlgemeinten, auf dem einmal gegebenen Standpunkte aber unausführbaren Wünsche der Zentralisationsfreunde nicht in höherem Maße Berücksichtigung finden konnten, und eben dieselben Gründe rechtfertigen den eingehaltenen Vorgang selbst für den unvorhergesehenen Fall, als es, wie es leider den Anschein hat, der brennendsten Selbstüberschätzung einer verblendeten — alle staatsrechtlichen Verhältnisse verläugnenden Partei gelingen sollte, die versöhnende Verständigung zu vereiteln, denn die daraus entspringenden Folgen könnten gewiß nicht dem neuen Verfassungswerke, das im Interesse des inneren Friedens alle möglichen mit der unbedingt nothwendigen Einheit des Gesamtreiches nur immer vereinbarten Konzessionen gewährt, sondern nur jener Partei beigegeben werden, die gegen jede Gesamtverfassung ostitirt und auf deren Programme die Zertrümmerung Oesterreichs steht. Wir glauben noch immer hoffen zu dürfen, daß die Verblendung einer ruhigen Ueberlegung und besseren Einsicht Raum geben werde, für alle Eventualitäten aber, so hoffen wir, werden es die Völker Oesterreichs und deren einsichtsvolle Vertreter als ihre unwandelbare Pflicht erkennen, an der Einheit des Reiches festzuhalten und destruktiven Tendenzen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Es ist noch keine Stimme laut geworden, welche nicht anerkannt hätte, daß die gegebenen Grundgesetze ein großes Maß politischer Freiheit enthalten und damit eine feste Grundlage zur Entwicklung und Fortbildung des konstitutionellen Lebens geboren ist. Dagegen haben sich allerdings schon Stimmen gefunden, die durch das Grundgesetz über die Reichsvertretung deshalb nicht vollends befriedigt sind, weil noch einige Bestimmungen und namentlich die sogenannten Grundrechte fehlen, die in den modernen Verfassungsurkunden gewöhnlich den obersten Platz einnehmen. — Wir glauben, daß dieser vorschnellen Anschauung nur eine mangelhafte Auffassung des Grundgesetzes zu Grunde liege. — Schon aus dem Eingang des kais. Patentes vom 26. Februar l. J. ist zu ersehen, daß die Oefrirung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung nur deshalb für unabwendbar nothwendig gehalten wurde, weil es einer bestimmten Ordnung und Form der Ausübung bedurfte, damit das der Reichsvertretung und beziehungsweise den Landtagen eingeräumte Recht der Mitwirkung an der Gesetzgebung ins Werk gesetzt werden könne. Daraus nun, daß nur die Grundgesetze über die Reichs- und Landesvertretung oefriert wurden, kann nur gefolgert werden, daß mit Oefirungen nicht weiter vorgegangen werden wollte, als unabwendbar nothwendig war, keineswegs aber, daß die weiteren verfassungsmäßigen Bestimmungen und namentlich die sogenannten Grundrechte für immer umgangen werden sollten.

Die Vermeidung jeder nicht absolut nothwendigen Oefrirung muß gerade von Seite der Liberalen volle Anerkennung finden und gibt in Verbindung

mit der unverzüglichen Einberufung der Vertretungskörper zugleich die sicherste Bürgschaft, daß die Regierung die konstitutionelle Bahn mit allem Ernste zu betreten fest entschlossen ist. In eben dem Maße jedoch, als die Regierung auf jede weitere Oefrirung verzichtet, erweitert sich auch das Feld der Thätigkeit für die Reichsvertretung. Die Aufgabe derselben wird es sofort bleiben, die Vervollständigung und Vollenendung des Verfassungswerkes, die für nothwendig erachteten grundrechtlichen Bestimmungen, sowie Alles, was in das Gebiet von Einzel-Rechten gehört, entweder auf Grundlage von Regierungs-Vorlagen oder im Wege der Initiative in den Kreis ihrer legislativen Thätigkeit zu ziehen. Man kann dennoch mit Recht sagen, in den Händen des ersten Reichsrathes liegt die Größe und die Zukunft Oesterreichs!

Mit Rücksicht auf die schwierigen Aufgaben desselben, die voraussichtlich alle Zweige der Gesetzgebung umfassen werden, kann es, da die Abgeordneten für die Reichsvertretung aus den Landtagen hervorgehen haben, nicht genug betont werden, wie dringend nothwendig es ist, daß in den Landtag auch solche Männer gewählt werden, die nebst den sonstigen nothwendigen Eigenschaften insbesondere auch in allen Zweigen unserer Gesetzgebung bewandert und somit fähig sind, an den legislativen Arbeiten des Reichsrathes thätigen Antheil zu nehmen und die Regierung bei der Durchführung ihrer freisinnigen Intentionen kräftig zu unterstützen.

Oesterreich.

Wien. Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben zur Restaurierung der Kirche ad St. Catharinam dem Augustiner-Konvente am Kazimierz bei Krakau den Betrag von 400 fl. gnädigst zu spenden geruht.

Wien, 15. März. Die Gesetze, Verordnungen und Normal-Entscheidungen in Angelegenheiten der Staatsschuld, der direkten und indirekten Besteuerung, der Staatsmonopole und Regalien, der Domänen-, Forst- und Montanverwaltung berühren so vielfache Interessen, daß für deren allgemeineres Bekanntwerden in jeder Weise gesorgt werden muß. Es wurde daher der Bezug des „Verordnungsblattes für den Dienstbereich des österreichischen Finanzministeriums“ nicht auf die Behörden und Organe der Finanzverwaltung beschränkt, sondern die Pränumeration auf dasselbe Jedermann freigestellt und die Beschaffung desselben durch die Festsetzung eines äußerst mäßigen Pränumerationspreises erleichtert. Es kostet nämlich der Jahrgang für Wien nur 2 fl., für die Kronländer mit portofreier Zusendung nur 2 fl. 60 kr. Die Pränumerationen werden in Wien bei der k. k. Zeitungs-Expedition (alter Fleischmarkt, im Postgebäude), auswärts bei allen k. k. Postämtern angenommen.

Größeren Grundbesitzern, Kaufleuten und Fabrikanten wird das Verordnungsblatt des Finanzministeriums in sehr vielen Fällen von großem Nutzen sein und sie vor manchem Nachtheile bewahren; zumal sie daraus auch die Vollzugs-Vorschriften kennen lernen. Durch ein zweckmäßig geordnetes Inhalts-Verzeichniß wird die Auffindung einzelner Gesetze, Verordnungen und Erläuterungen wesentlich erleichtert.

Wien. An dem schwarzen Brette der Universität war folgender Aufschlag zu lesen:

„Mein Vertrauen auf die akademische Jugend hat mich nicht getäuscht. Nach einem Tage banger Sorge um Ihr Wohl kann ich Ihnen heute meine freudigste Anerkennung für Ihre besonnene Haltung ausdrücken.“

„Sie werden auch in Zukunft diese bewahren, damit ich bei jeder Gelegenheit mit Stolz auf die Haltung der akademischen Bürger hinweisen kann.“

Wien, 13. März 1861.

Oppolzer, d. J. Rektor.“

Deutschland.

Der Präsident der kais. Leop. Carol. deutschen Akademie geheimer Hofrath Dr. Kieser hat im Auftrage Sr. I. Hoheit des Großherzogs von Oldenburg eine naturhistorische Preisfrage ausgeschrieben, welche sich auf den Generationswechsel bezieht. Die Akademie verlangt außer einer Kritik der verschiedenen Ansichten über den Generationswechsel eine so viel möglich durch eigene Beobachtungen gestützte Zusammenstellung der zu demselben zu rechnenden Zeugungsformen und eine weitere Gliederung bei den niederen Thieren; und sie würde es als eine wünschenswerthe Bervollständigung betrachten, wenn auch die Pflanzen nicht unberücksichtigt blieben. Die zum Verständnisse nöthigen Abbildungen dürften nicht fehlen. Der Preis für die derselben würdig befundene Abhandlung beträgt 30 Dukaten.

Zur Wahlbewegung.

An die verehrten P. C. Herren Landtagswähler der Landeshauptstadt Laibach.

Wenn ich mir erlaube, bei der Wahl der Abgeordneten für den ersten Landtag als Kandidat aufzutreten, so werde ich dazu vorzugsweise deshalb bestimmt, weil ich in meiner bisherigen Stellung in der glücklichen Lage war, mir eine gründliche und umfassende Kenntniß aller Landesverhältnisse eigen zu machen, und weil ich es sofort als meine Pflicht betrachte, diese Kenntniß nicht nutzlos zu vergraben.

Ich halte es für unabwieslich nothwendig, daß an der Einheit der Gesamtmonarchie festgehalten, und allen destruktiven Tendenzen, insbesondere aber jedem Separatismus über die Grenzen des kais. Diplomes vom 20. Oktober 1860 hinaus mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werde, indem nach meiner Anschauung irgend einem Kronlande eine noch größere Selbstständigkeit nicht eingeräumt werden kann, ohne die Gesamtmonarchie zu schwächen oder zu gefährden.

Das kais. Patent vom 26. Februar 1861 und die gleichzeitig erlassenen Grundsätze betrachte ich als ebenso zeitgemäße als befriedigende Verfassungsfundamente, zumal darin der Reichsvertretung sowohl als den Landtagen der Vorschlag von Aenderungen, sowie überhaupt das wichtige Recht der Initiative eingeräumt, und dadurch der gesegnete Boden zur naturgemäßen Entwicklung und Fortbildung des Verfassungswerkes gewonnen ist.

Die Aufgabe der Vertretungskörper wird es sein, die im Programme Sr. Excellenz des Herrn Staatsministers ausgesprochenen Grundsätze in Betreff der freien Religionsübung und deren natürlichen Konsequenzen auf dem Felde der bürgerlichen und politischen Berechtigung, dann in Betreff des Unterrichtes, der Presse, der Hebung des Nationalwohlstandes, der Justizpflege und der Autonomie der Gemeinden im verfassungsmäßigen Wege zur Durchführung zu bringen, und dadurch die persönliche und bürgerliche Freiheit aller österreichischen Staatsbürger fest zu begründen. Die unverkürzte, aufrichtige und konsequente Verwirklichung dieser Grundsätze zu unterstützen und zu fördern, sehe ich als meine Pflicht und als die Pflicht eines jeden Vaterlandsfreundes an.

Die Regelung unserer Finanzverhältnisse wird zwar durch das Eintreten Oesterreichs in die Reihe der konstitutionellen Staaten und das hoffentlich wieder erwachende allgemeine Vertrauen wesentlich erleichtert werden; gleichwohl aber wird eine zeitgemäße Reform im Bankwesen und in der Finanzwirtschaft, die jedoch die Rechte der Staatsgläubiger durchaus nicht antasten darf, dann die Annahme und konsequente Durchführung solcher volkswirtschaftlichen Grundsätze, die unseren Verhältnissen angemessen und zur Hebung unseres Handels, unserer Industrie und überhaupt unseres Nationalwohlstandes wirklich geeignet sind, anzubahnen sein, um in Verbindung mit der möglichen Sparsamkeit das Gleichgewicht im Staatshaushalte wieder herzustellen. Vor Schwankungen und überstürzten Aenderungen im volkswirtschaftlichen Systeme kann nicht genug gewarnt werden, denn die Erfahrung hat bereits sattsam gezeigt, wie schnell blühende Industriezweige verkümmern, wenn Grundsätze, die nur unter gewissen Voraussetzungen ihren unverkennbaren Werth haben, ohne Beachtung gegebener Verhältnisse in Anwendung kommen.

Obwohl der Brennpunkt unserer staatlichen Interessen und zwar insbesondere jetzt, wo noch so viele für das Gesamtreich wichtige Fragen ihrer Lösung entgegenstehen, und die Größe und Zukunft des Kaiserstaates fest zu gründen ist, vorzugsweise in der Reichsvertretung gesucht werden muß, so kann doch auch die große Wichtigkeit der in den Wirkungs-

kreis der Landesvertretung fallenden Angelegenheiten nicht verkannt werden. Was insbesondere die Verfassung unseres Kronlandes anbelangt, so dürfte sich der Landtag der ihm ohnehin offen gelassenen Aufgabe, das Gegebene zu entwickeln und das Verbesserungsfähige zu verbessern, schon in der ersten Periode seiner Wirksamkeit nicht entziehen, indem die Zweckmäßigkeit einiger Aenderungen, namentlich in der Wahlordnung, nach meiner Ueberzeugung außer Zweifel steht.

Die wichtigste Landesangelegenheit bildet unstreitig die Landeskultur. Nicht zu läugnen ist es, daß zur Hebung derselben schon Manches geschehen ist, und daß namentlich die eben im Zuge befindliche Durchführung der Grundlasten-Ablösung und Regulierung für die Landeskultur von günstigem Einflusse sein wird, gleichwohl aber dürfte in einem Lande, dessen Wohlstand vorzugsweise auf dem Ackerbaue, der Viehzucht und der Forstwirtschaft beruht, auch in anderer Richtung, nämlich im Wege des Unterrichtes, auf die Förderung der Landeskultur hinzuwirken sein. Ich glaube, daß der Landtag bei sorgfältiger Richtung des mehr oder minder Nothwendigen oder Nützlichen die nöthigen Mittel finden könne, um in der angedeuteten Richtung einem allgemein gefühlten Bedürfnisse abzuheifen. Uebrigens ist es selbstverständlich, daß bei Verwendung der Landesermittelte und bei Verwaltung aller aus Landesmitteln dotirten Fonds und Anstalten die möglichste Sparsamkeit, die strengste Kontrolle und die thümlichste Schonung der Steuerkraft des Landes nicht aus dem Auge zu verlieren sein wird.

Wenn die Konsolidierung unseres Verfassungswerkes unter Festhaltung der Einheit des Reiches, — wenn die unverkürzte Verwirklichung der im Programme des Herrn Staatsministers aufgestellten Grundsätze, die nach meiner Ansicht auch das einzig mögliche Programm der verständig liberalen Partei in Oesterreich bilden können, — am Herzen liegt, der darf kein Bedenken tragen, mir sein Vertrauen zuzuwenden, und ich glaube schließlich mir noch bemerken zu sollen, daß, indem ich diesem Programme folge, eine Kollision mit der mir als Staatsbeamten obliegenden Pflicht kaum eintreten könnte, daß ich jedoch, wenn dieser Fall wider Verhoffen dennoch eintreten sollte, gewiß nicht verkennen würde, was mir die Ehre gebietet.

Laibach, am 16. März 1860.

Dr. Anton Schöppel.

An die Wahlmänner des flachen Landes in den Bezirken Stein und Egg!

Mitbürger!

Ich trete vor Sie mit der Bitte, mir bei der Landtagswahl für den Landbezirk Stein Ihre Stimmen zu geben. Obwohl ich in diesem Lande nicht geboren bin, so kenne ich doch einigermaßen seine Leiden, seine Bedürfnisse. Wer Anderer kommt wohl auch so in die Kenntniß der verschiedensten Verhältnisse, wer Anderer sieht wohl so in's innerste Familienleben, als der Arzt und der Priester? Die ganze Zeit meines hiesigen Aufenthaltes bestrebt, Sprache, Land und Leute kennen zu lernen, glaube ich zu Ihrem Vertrauensmanne nicht ganz unfähig zu sein. Daß ich guten Willen, nichts schenkende Offenheit, Redlichkeit und ein warmes Herz für die menschlichen Leiden habe, das dürfte Vielen von den Herren Wahlmännern aus eigener Anschauung bekannt sein.

Was soll aber der Landtag nach meiner Ansicht bezüglich der Interessen des flachen Landes vertreten?

1. Strenges Festhalten an der uns verliehenen Landes- und Reichsverfassung, Vertheidigung aller gewählten Rechte auf dauerhafter und dem Volke entsprechender Grundlage.

2. Die möglichste Rücksichtnahme auf die schwere Stellung des Landmannes, des kleinen Grundbesizers, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen kaum die dringendsten Lebensbedürfnisse befriedigen kann. In Krain bilden die Landleute die zahlreichste und die ärmste Klasse, und die Hebung dieses Standes, die Erleichterung seiner Lage ist mindestens in Krain eben so dringend, als die Heranbildung eines tüchtigen Bürgertums. Wenn sich auch die Staatssteuern für die erste Zeit kaum werden vermindern lassen, so dürfte sich doch Mittel finden, sei es in der Vertheilung, sei es in der Einhebung, sei es in der Art der exekutiven Eintreibung, welche sie weniger drückend machen. Eben so muß durch Hebung des Bodenwerthes, der Kultur u. s. w. eine Verbesserung der Lage des kleineren Grundbesizers angestrebt werden.

3. Die kräftig unterstützte Ausbildung des Volksschules, die nur durch emsige Sorge für die Volksschule, durch die Pflege und Entwicklung der slovenischen Sprache, durch das Streben, daß diese auch bei den Gebildeten neben der deutschen Sprache Eingang findet, und daß sie zum Verkehr der Behörden mit den slovenischen Parteien herangebildet und benützt wird, erreicht werden kann.

4. Keine Nationalitäten-Anfeindung, — das Festhalten an einem einigen Oesterreich; — dabei aber die Durchführung der Gesetze nach den Eigenheiten des Landes, die Selbstverwaltung Krains in seinen Landesangelegenheiten und die der zu vergrößerten Gemeinden in ihren Geschäften, sowie die baldigste Einführung von Bezirks-Vertretungen.

Sollte ich erwählt werden, so werde ich nie ermangeln, in fortwährendem Verkehr mit meinen Wählern zu bleiben.

Stein, 14. März 1861.

Dr. Moriz Gausner.

Protokoll

der ersten Wählerversammlung zur Besprechung der Landtagswahlen.

Dem Auftrufe der Herren Dr. Uranitsch und Gustav Heiman in der „Laibacher Ztg.“ vom 14. l. M. Folge leistend, versammelte sich am 16. März 1861 eine große Anzahl von Wählern im Rathhaus-Saale.

Die Versammlung wurde vom Hrn. Dr. Uranitsch mit einer Ansprache eröffnet, worin derselbe in Fortführung der im obigen Auftrufe niedergelegten Grundsätze auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen zur glücklichen Vollendung des Neubaus eines freien, mächtigen und einigen Oesterreichs hinwies, zugleich andeutete, daß die gegebene Verfassung noch manche Lücken enthalte, deren baldige Ausfüllung höchst wünschenswerth erscheine. So sei die Unverletzlichkeit der Landtags-Abgeordneten, die Ministerverantwortlichkeit u. s. w. noch nicht mit Bestimmtheit zugesichert. Der Redner entwickelte des Näheren die Eigenschaften, welche speziell ein Landtags-Abgeordneter für Krain haben müsse, und bezeichnete schließlich als Zweck der heutigen Versammlung die Wahl eines Comité's von 5 Mitgliedern, welches diejenigen Herren, die für die Stadt Laibach kandidiren wollen, auffordern solle, die bezüglich der Erläuterungen in die Hände dieses Comité's gelangen zu lassen, damit diese Kandidaten sodann öffentlich den Wählern bekannt gegeben würden.

Ueber die gestellte Umfrage, ob vielleicht Separatanträge gestellt werden wollen, erhob sich Herr Dr. E. H. Costa und stellte, im Hinblick auf die Wichtigkeit der Landtagswahlen und den mustergiltigen Vorgang der Reichsstadt Wien den Antrag, daß bei einer zweiten Wählerversammlung die Herren Kandidaten ihr politisches Glaubensbekenntniß öffentlich ablegen, und sich der Interpellation von Seite der Herren Wähler unterziehen sollen.

Hiergegen bemerkte Herr Dr. Uranitsch, daß dieser Vorgang zwar wünschenswerth wäre, die Zeit bis zum Wahltag jedoch dazu nicht hinreichen dürfte, — und wurde hierin vom Herrn Direktor Dr. H. Costa unterstützt.

Herr Landesrath Dr. Schöppel erklärte sich mit dem Antrage des Herrn Dr. E. H. Costa insofern einverstanden, als jeder Kandidat sein Glaubensbekenntniß öffentlich abzugeben verpflichtet sein solle. Dagegen halte er den Antrag der Gestalt von Interpellationen durch die Wähler insofern für unpraktisch, als eine solche Prüfung leicht alle Kandidaten abschrecken könnte.

Herr Gustav Heiman bemerkte, daß er bereits früher mit Herrn Dr. Uranitsch die Vorannahme einer zweiten Wählerversammlung zur eigentlichen Vorwahl besprochen habe. Die öffentliche Ablegung eines Glaubensbekenntnisses halte er in Laibach, wo man sich gegenseitig genau kenne, für überflüssig.

Herr Dr. Kautschitsch glaubt, daß durch die Anträge des Herrn Dr. E. H. Costa der beabsichtigte Zweck nicht erreicht, sondern gerade vereitelt werden würde. Die tüchtigsten Männer (Redner ex-emplirt dieselben durch Nennung mehrerer Namen) würden durch Bescheidenheit ausgeschlossen sein, da sie sich nicht selbst aufdrängen wollen. Er trug daher den Antrag, daß ein Comité von 13 Mitgliedern gewählt werde, welches die Kandidaten aufzuwählen habe.

Herr Bürgermeister-Stellvertreter Guttman erklärte, diesen Anträgen nicht beistimmen zu können. Kein Comité könne Kandidaten vorschlagen, ebenso wenig, als es heute passend ist, hierzu tüchtige Männer zu nennen und dadurch andere auszuschließen.

Herr Dr. Uranitsch sagt, jeder müsse zunächst selbst beurtheilen, ob er in sich die Kraft und den Willen fühle, die schweren Pflichten eines Landtags-Abgeordneten zu erfüllen, und müsse solches dann öffentlich erklären.

Herr Landesrath Dr. Schöppel meint, die Chancen, von welcher Herr Dr. Kautschitsch einen ungünstigen Erfolg des beabsichtigten Vorganges befürchte, müsse im konstitutionellen Leben abgelegt werden.

Nach Schluß der Debatte beschließt die Versammlung unter Ablehnung der übrigen Anträge:

1. Es wird ein Comité von 5 Mitgliedern gewählt, welches

2. durch die „Laibacher Ztg.“ diejenigen Herren, welche für die Stadt kandidiren wollen, einzuladen

hat, ihre bezüglichen Erklärungen in seine Hände gelangen zu lassen.

3. Dieses Comité soll eine zweite Versammlung aller Wähler berufen, bei welcher

4. Die Kandidaten ihr Glaubensbekenntniß persönlich vorzutragen haben, und

5. Eine Vorwahl vorgenommen werden soll.

6. Interpellationen und Fragestellungen von Seite der Herren Wähler an die Kandidaten sind hierbei nicht gestattet.

Nach schließlicher Ablehnung eines Antrages des Herrn Dr. E. H. Costa, daß in das Comité nur Männer gewählt werden sollen, welche nicht kandidiren, wird zur Wahl des Comité's geschritten. Hierbei erhielten die weißen Stimmen:

1. Herr Landesrath Dr. Schöppl.	42
2. „ Dr. Uranitsch.	37
3. „ Gustav Heimann.	34
4. „ Bürgermeister Guttman.	26
5. „ Dr. E. H. Costa.	26

welche Herren sich sogleich als Comité konstituirten, den Herrn Landesrath Dr. Schöppl zum Obmann und den Herrn Dr. E. H. Costa zum Schriftführer erwählten.

Laibach, 16. März 1861.

Dr. Anton Schöppl. — Dr. E. H. Costa.
— Dr. Ant. Uranitsch. — Gust. Heimann.
— Johann Guttman.

In Gemäßheit der im vorstehenden Protokolle verzeichneten Beschlüsse der ersten Wählerversammlung werden alle diejenigen Herren, welche für die Stadt zu kandidiren wünschen, eingeladen, ihre bezüglichen Erklärungen in die Hände eines der gefertigten Comitémitglieder gelangen zu lassen, und bei der zweiten Wählerversammlung zum Behufe der Ablegung ihres Glaubensbekenntnisses in einer kurzen Ansprache zu erscheinen.

Entfernt wohnende Kandidaten, die nicht in der Lage sind, persönlich zu erscheinen, wollen ihr Glaubensbekenntniß schriftlich bei dem gefertigten Comité einbringen.

Zugleich werden alle in der Stadt Laibach Wahlberechtigten eingeladen, recht zahlreich zu der zweiten

Donnerstag

den 21. März 1861, Abends 6 Uhr,

im Rathhaus = Saale stattfindenden Wählerversammlung zu erscheinen, wobei vor Allem das Comité seinen Bericht erstatten, sodann die einzelnen Herren Kandidaten auftreten werden, und schließlich eine Vorwahl vorgenommen werden wird.

Interpellationen und Fragen an die Herren Kandidaten zu stellen ist, dem gefaßten Beschlusse der Wählerversammlung gemäß, nicht gestattet.

Laibach, 16. März 1861.

Dr. Anton Schöppl. — Dr. E. H. Costa. —
Dr. Anton Uranitsch. — Gustav Heimann. —
Johann Guttman.

Stein, 16. März.

Hier hat sich die städtische Wahlbewegung für den Landtag durch die Bemühungen des Dr. Gausler in gesetzlicher Weise organisiert. Vergangenen Sonntag, den 10., versammelte sich der intelligentere Theil der Landtagswähler, um die Einrichtungen zu treffen, ein Wahlcomité von fünf Mitgliedern zu erwählen und so eine Verständigung zu erzielen. Es wurden hierbei die in dem bekannten Aufrufe des Dr. Gausler enthaltenen Anträge angenommen. Das Wahlcomité setzte sich sodann rasch mit den Gemeindevorständen von Neumarkt und Hadmannsdorf in Correspondenz, um die genannten Orte zu ähnlichem Vorgange aufzufordern. Bisher sind jedoch von beiden Orten noch keine Mittheilungen nach Stein gelangt, sowie auch noch keine angewendete Kandidatur vorliegt. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Kandidaten rasch bei dem Wahlcomité in Stein, sowie in den beiden anderen Orten — wenn sich dort solche Comité's bilden — mit ihrem Programme melden würden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Pest, 15. März. Eine Wiener Correspondenz des „Magyarország“ berichtet nach authentischer Quelle, das Elaborat der Jüdisch-Rural-Konferenz werde schon in der nächsten Woche von der zusammentretenden Synodalkonferenz für das ganze Land als bindendes

Gerichtsprovisorium bis zu den definitiven Bestimmungen des Landtages proklamirt werden. Graf Apponyi soll zu diesem Zwecke schon nächsten Dienstag nach Pest kommen.

Fiume, 14. März. Nachdem der Zivilkapitän auf sein Recht, den Magistratspräsidenten zu ernennen, verzichtet, wählte die Municipal-Kongregation mit Affirmation Herrn Martini.

Venedig, 14. März. Abends. Eine Correspondenz der „Gazzetta di Venezia“ aus Rom behauptet, die Franzosen würden von dort nicht abziehen. Vor einigen Tagen überreichte eine zahlreiche Deputation von Engländern dem neapolitanischen Königspaar eine Adresse.

Berlin, 14. März. Abends. Von der polnischen Grenze wird unterm heutigen Tage gemeldet, Baron Meyendorff habe gestern die Nachrichten von der ungünstigen Aufnahme der Adresse nach Warschau überbracht. Die gewährten Konzessionen sind: Rekonstitution des Staates, vollständige Reform des öffentlichen Erziehungswesens, von den Bürgern gewählte Gemeindevertretungen.

Jürü Gortschakoff wird die polnischen Notabilitäten zusammenberufen, um alle Arten von Reformen in sämmtlichen Zweigen der Verwaltung vorzuschlagen, zu prüfen und zu bekräftigen.

Berlin, 15. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Handelsminister einen Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung ein. Die Genehmigung der Polizeibehörde soll von der Zuverlässigkeit und nicht von der Unbescholtenheit des Bewerbers abhängig sein, die Entziehung der Konzession nur durch gerichtlichen Ausspruch erfolgen können.

In derselben Sitzung wurde von dem Justizminister ein Gesetzentwurf zur Beschränkung der polizeilichen Exekutionsgewalt vorgelegt.

Berlin, 16. März. Das Herrenhaus hat in der heutigen Sitzung den Steuerantrag des Grafen Arnim-Boitzenburg und Genossen mit 96 gegen 83 Stimmen angenommen.

Breslau, 15. März. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Warschau vom 13. d. M., daß die Deputation, welcher Fürst Gortschakoff das kaiserliche Reskript mittheilte, durch diese Mittheilung und den Ton derselben betroffen war. Der Fürst habe der Deputation privatim mitgetheilt, daß demnächst ein kaiserliches Manifest bezüglich der zu erwartenden Reformen erscheinen werde.

Graf Zamoycki erwiderte: Wir nehmen an, sind aber noch lange nicht abgefunden. Der erhaltene Bescheid hat nicht beruhigt, sondern Aufregung verursacht.

Auf politische Gefangene wurden freigelassen.

Breslau, 16. März. Die heutige „Schlesische Zeitung“ berichtet aus Warschau: Das kaiserliche Reskript hat hier den niederschlagendsten Eindruck gemacht. Die Bürgerdelegation hat beschlossen, ihr Mandat in die Hände des Volkes niederzulegen, den Statthalter um Konstituierung einer neuen Delegation, welche aus allgemeinen Wahlen hervorgehen soll, zu ersuchen und demselben ein Memorandum über die Bedürfnisse des Landes zu überreichen.

Hamburg, 16. März. In Kopenhagen ist schon seit Anfang dieser Woche bekannt, daß mit den Iphoer Ständen kein Arrangement zu erwarten sei: die Erdarbeiten zur Befestigung des Dammwerks haben deshalb begonnen und sind Blockhäuser an die schleswig'sche Grenze expedirt worden.

Stuttgart, 16. März. Der Minoritätsantrag hat gezeigt, das Konföderat wurde mit 63 gegen 27 Stimmen verworfen. Das Ministerium bleibt im Amt.

München, 16. März. In der heutigen Kammer-sitzung beantragte Graf Hegenberg, unter Verwahrung gegen den Kurhessen betreffenden Bundesbeschluss, eine Bate an den König, in Kurhessen zur Herstellung eines geordneten Zustandes mitzuwirken. Fast die ganze Kammer unterstützte diesen Antrag.

Genua, 14. März. Aus Anlaß der Proklamation des „Königreiches Italien“ soll eine allgemeine Amnestie für Konstriptionsflüchtlinge erlassen werden. Die hiesigen Steuerpflichtigen wurden aufgefordert, die direkten Steuern in Monatsraten einzuzahlen. „Corriere mercantile“ erblickt darin einen neuen Beweis der zunehmenden Finanznoth der Regierung.

Turin, 14. März. Liboria Romano hat seine Demission als Rath der Statthalterschaft von Neapel eingereicht.

Turin, 15. März. Die Depesche, in welcher Cialdini die Uebergabe der Zitadelle von Messina meldete, lautet wörtlich: Messina, 13. März. Die Zitadelle ergab sich auf Discretion. (Steht in entschiedenem Widerspruch mit der Meldung des „Moniteur“.) Nachdem ich durch vier Tage das feindliche Feuer bestehen mußte, eröffnete ich heute Mittags das Feuer meiner Batterien, deren zwei nur 400 Meter von der Festung standen. Die Artillerie war sehr wirksam. Wir sprengten mehrere Granatendepots in die

Luft und verursachten dadurch eine große Feuersbrunst. Um 5 Uhr pflanzte die Zitadelle die weiße Flagge auf, um 6 Uhr verweigerte ich jede Kapitulation nur drei Stunden Bedenkzeit gewährend. Um 9 Uhr ergab sich die ganze Garnison auf Discretion.

Die Flotte feuerte nur zwei Stunden lang. Es wurden 5 Generale, 150 Offiziere und beiläufig 4 bis 5000 Mann gefangen und 300 Kanonen erbeutet.

Turin, 16. März. In der gestrigen Kammer-sitzung interpellirte Rudinot den Minister des Aeußern in Betreff Rom's. Graf Cavour erklärte die Diskussion für zeitgemäß und nützlich, und will am 21. d. M. die geforderten Aufklärungen geben.

Mailand, 16. März. Die „Perserveranza“ glaubt, Cialdini werde sich nach Turin begeben, um an den Parla-mens-Sitzungen Theil zu nehmen. Dem Parla-mente soll ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher bestimmt, daß das Statutest und die Proklamation des „italienischen Königreiches“ am ersten Sonntag im Juni gefeiert werde. Die Kammer ernannte eine Kommission zur Prüfung des Gesetzentwurfes bezüglich der Rekrutierung für die Marine.

Paris, 14. März. Abends. Die Bank von Frankreich hat ihren Diskonto auf 6 Prozent herab-gesetzt.

Paris, 15. März. Nach dem neuesten Bank-ausweise haben sich vermehrt: der Barfond um 13 $\frac{1}{2}$ der Tresor um 14 $\frac{1}{2}$ Mill.; vermindert das Portefeuille um 27 $\frac{1}{2}$ Mill. Fr.

Paris, 16. März. Das Bulletin des „Moniteur“ kündigt an, daß die Konferenz gestern beschlossen habe, die französische Okkupation in Syrien bis zum 5. Juni zu verlängern. Das unterzeichnete Protokoll wird nächsten Dienstag zu einer förmlichen Konvention umgestaltet werden.

London, 14. März. Aus Washington vom 2. wird berichtet: Der Kongreß läßt Neu-Mexiko in die Union zu, und zwar mit oder ohne Sklaverei, je nach dem Willen des Volkes. Die Situation ist bedenklich.

London, 16. März. Die Herzogin von Kent ist heute Morgens zu Freymore in den Armen Ihrer Majestät der Königin und des Prinzen-Gemals verschieden.

London, 16. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Lord John Russell auf eine Anfrage Duncombe's: Niemals sei die englische Flotte instruiert worden zu interveniren, falls eine Expedition Italien verlasse, um Dalmatien anzugreifen.

Warschau, 15. März. In gut unterrichteten Kreisen spricht man von der Demission Muchanoff's in Petersburg. Die Nachricht machte hier einen guten Eindruck.

Washington, 2. März. Gerüchte bezeichnen als erste Akte Lincoln's die Absendung von Verstärkungs-truppen nach Sumter und die Entsendung von Kriegsschiffen zur Steuererhebung. Jefferson Davis bereitet sich auf einen blutigen Konflikt vor.

Neueste levantinische Post.

Konstantinopel, 9. März. Der Geldmarkt gestaltet sich etwas besser, die Börse ist jedoch geschäftslos. Wegen Ausgabe der Kalmes ist noch nichts entschieden. Zur Inspektion der Truppen in Bosnien und Montenegro wurde eine besondere Kommission ernannt. Die Zahl der einzuberufenden Medis-Bataillone wurde auf 32 vermindert, eben so viele sollen bereit gehalten werden. Henglin ist nach Alexandrien abgegangen. Freiherr v. Prokesch wurde gestern vom Sultan in einer Privataudiens empfangen.

Beirut, 28. Februar. Abro Effendi ist zur Leitung einer Untersuchung nach Saïda abgegangen. Eine Drusenbande aus Beshke soll das Dorf Khayme angegriffen haben. Khaleid Pascha, nach dem Hauran gesendet, um die Drusen abzuschneiden, ist eiligst nach Damaskus zurückgekehrt. Die dortigen Christen beschwerten sich, fortwährend in Lebensgefahr zu sein und noch keine Entschädigung erhalten zu haben.

Corfu, 12. März. Der Antwortentwurf auf die Botschaft des Oberkommissärs bezeichnet die englische Schutzheerschaft als die einzige Ursache der Uebel der ionischen Inseln. Ein Deputirter verlangte die Vernahme einer allgemeinen Abstimmung über den Anschluß an Griechenland, ein anderer las eine Vorstellung an die europäischen Regierungen und Völker gegen das englische Protektorat. Die Kammer wurde hierauf für sechs Monate vertagt.

Athen, 9. März. Monarchides wurde zum Präsidenten des Senats ernannt; die Ernennung 15 neuer Senatoren steht bevor.

Handels- und Geschäftsberichte.

Wien, 16. März. Bei der gestern stattgehabten Ziehung der Fürst Palffy-Lose wurden folgende größere Treffer gezogen: Nr. 29.054 mit 50.000 fl., Nr. 77.417 mit 4000 fl., Nr. 87.054 mit 2000 fl., Nr. 23.399 und 49.037 mit je 400 fl., Nr. 65.367, 68.377, 75.298, 86.117, 73.246 mit je 200 fl.

Anhang zur Laibacher Zeitung.

Börsenbericht. Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Br. Stg. Abbl.) Die Börse verlief in guter Haltung, fremde Wechsel und Metalle hinlänglich ausgeboten, Metalliques, National-Anleihen und Dampfschiffs-Aktien gesucht, auch die Spekulations-Effekten ziemlich behauptet. Geld sehr flüssig und billig. Am Schlusse in Folge neuerster Telegramme fremde Valuten etwas tiefer.

Öffentliche Schuld.				Geld				Wechsel.			
A. des Staates (für 100 fl.)				Böhen				Galtz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.			
In österr. Währung zu 5%	59.25	59.50		Steiermark	5	84.50	85.00	G. M. m. 80 fl. (40%)	155.75	156.00	
5% Anleihen von 1861 mit Rückz.	84.00	84.25		Mähren u. Schlesien	5	84.50	85.00	Öst. Don.-Dampfsch.-Ges.	422.00	424.00	
National-Anleihen mit				Ungarn	5	84.75	85.75	Österr. Lloyd in Triest	140.00	165.00	
Jänner-Coup.	5	76.40	76.50	Tem. Ban., Kro. u. Slav.	5	63.00	64.00	Wien. Dampfm.-Akt.-Ges.	380.00	385.00	
National-Anleihen mit				Galizien	5	62.50	63.25	Reisler Kettenbrücken	390.00	395.00	
April-Coup.	5	76.60	76.80	Siebenb. u. Bukow.	5	61.50	62.00	Böhm. Westbahn zu 200 fl.	161.50	162.00	
Metalliques	5	64.90	65.00	Venetianisches Anl. 1859	5	89.75	90.00	Pfandbriefe (für 100 fl.)			
ditto mit Mai-Coup.	5	65.40	65.50	Aktien (pr. Stück).				National- 6jähr. v. J. 1857	102.00	102.50	
ditto	41	55.75	56.25	Nationalbank	724.00	726.00		bank auf 10	97.00	98.00	
mit Verlosung v. J. 1839	109.50	110.00		Kredit-Anst. f. Handel u. Gew. zu				G. M. verlosbare	91.50	92.00	
" " 1854	85.25	85.75		200 fl. d. W. (ohne Div.)	163.60	163.70		Nationalb. (verlosbare	86.75	87.00	
" " 1860 zu	81.60	81.80		200 fl. d. W. (ohne Div.)	566.00	568.00		auf 10 fl. d. W.	86.75	87.00	
Gemeindef. zu 42 L. austr.	15.50	16.00		R. Ferd.-Nordb. z. 1000 fl. G. M.	2038.00	2070.00		Vose (pr. Stück.)			
B. der Kronländer (für 100 fl.)				Staats-Ges. z. 200 fl. G. M.	285.50	286.00		Kred.-Anstalt für Handel u. Gew.	115.00	115.25	
Grundentlastungs-Obligationen.				oder 500 fl.	186.75	187.25		zu 100 fl. d. W.	99.50	100.00	
Nieder-Österreich zu 5%	86.00	86.50		Rais. Glis.-Bahn zu 200 fl. G. M.	186.75	187.25		Don.-Dampfsch.-G. z. 100 fl. G. M.	36.00	36.50	
Ob. Öst. und Salz.	87.00	87.50		Süd-nordb. Verb.-B. 200	186.50	107.00		Stadtb. Wien zu 40 fl. d. W.	91.00	92.00	
				Südl. Staatsr. lomb.-ven. u. Gent.				Österr. 40	37.50	38.00	
				ital. Glis. 200 fl. d. W. 500 fl.				Salin	36.50	37.00	
				m. 100 fl. (50%) Einzahlung	190.00	191.00		Palffy zu 40 fl. G. M.	36.50	37.00	

Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien. Den 16. März 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques 65.00	Silber . . . 146.25
5% Nat. Anl. 76.40	London . . . 146.75
Bankaktien . . 725.00	R. f. Dufaten 6.95
Kreditaktien 163.50	

Fremden-Anzeige.

Den 15. März 1861.

Hr. Zach, k. k. Statthalterei-Sekretär, von Agram. — Hr. Dr. Leitgeb, von Görz. — Hr. Bettelheim, Ingenieur, von Wien. — Hr. Fromm, Kaufmann, von Baden. — Hr. Weiß, Kaufmann, von Carlstadt. — Die Herren Ratti, Assistenten-Ingenieur, und — Orignaschi, Agent, von Triest.

3. 493. (1)

Croatien.

In Brezovica, zwischen Samobor und Agram gelegen, von der Reichsstraße $\frac{1}{2}$ Stunde entfernt, ebenem Wege — sind 800 Eimer neue Weine zu verkaufen im Großen und Kleinen. Afforde beim Pfarrer im Orte zu schließen.

3. 479. (3)

Lehranstalt

für Schnitt- und Modellzeichnen.

Unterzeichnete, bisher Lehrerin in den ersten Instituten in Wien, Triest und Paris, erlaubt sich hiemit anzuzeigen, daß sie sich hier ansässig gemacht, der hiesigen geehrten Damenwelt Gelegenheit gibt, sich das, in allen größeren Städten so beliebt gewordene **Maßnehmen, Schnittzeichnen und Kleidernähen** nach der neuesten Pariser und Wiener Methode, in der kürzesten Zeit und mit den geringsten Auslagen anzueignen.

Den P. T. Eltern hier steht es frei, den Unterricht in der eigenen Wohnung von heute an, bei der Unterzeichneten, vom 15. April an, gefangen aber am Hauptplatze Nr. 240, im Kraschovitz'schen Hause, 1. Stock, in den passenden Stunden, ihren Töchtern erteilen zu lassen.

Den P. T. Eltern in der Provinz, ist die Gelegenheit geboten, ihre Töchter daselbst als **Pensionärinnen** unterzubringen, und in jedem weiblichen Lehrzweige ausbilden zu lassen.

Zugleich erlaubt sich Unterzeichnete, auf das **Vordrucken von Mustern für Weißstickereien** aufmerksam zu machen, indem sie mit den neuesten Pariser Modellen und Mustermäße versehen, auch hierin allen Anforderungen genügen kann. Damen- und Kinderkleider, sowie ganze Ausstattungen, werden daselbst zur Anfertigung übernommen, elegant und billig ausgeführt.

An Damen, welche sich schon einige Fertigkeit im Kleidernähen angeeignet haben, verkauft Unterzeichnete gegen billiges Honorar **Patronen für Mantills, Mäntel, Jacken, Kleider, Wäsche** etc., alles nach dem neuesten Journal.

Auch ist Gelegenheit geboten, die französische oder italienische Sprache zu kultivieren, indem auf Verlangen die Konversation in diesen beiden Sprachen geführt werden kann.

Wegen mündlicher Rücksprache bittet man, sich in die jetzige Wohnung der Unterzeichneten bemühen zu wollen.

M. A. Fasanotti,

Stadt, Hauptplatz Nr. 4, im 3. Stock, neben dem Rathhaus.

3. 467. (2)

Casino-Anzeige.

Die für den 20. März l. J. in den Casino-Lokalitäten bereits angekündigte Abendunterhaltung wird zum Vortheile der hiesigen Kleinkinder-Bewahranstalt abgehalten werden. Es ergeht demnach an die P. T. Vereins-Mitglieder hiemit die Einladung, sich dabei zahlreich einzufinden zu wollen.
Laibach am 10. März 1861.
Von der Direktion des Casino-Vereins.

3. 471. (3)

Holzfällen und Führen.

Am 21. d. M. Vormittags um 8 Uhr wird in dem kommandischen Walde zu Draga-

3. 485. (1)

Mein seit 6 Jahren renommirtes

Paraffin-Patentwagenfett,

ohne Zusatz des so übelriechenden Steinkohlentheers, in Faßn und kleinen Kistchen von 7 bis 9 fl., kann ich für alle südlich von Wien gelegenen Kronländer ohne Ausnahme vermöge der äußerst günstigen Fabriks-Lage bei Triest, gewiss nur allein am billigsten durch direkte Verfrachtung über Triume oder Laibach, Steinbrück, Pragerhof liefern, indem diese südlichen P. T. Konsumenten gegen den Bezug solcher Fettartikel aus andern näher bei Wien gelegenen Fabriken die unnötigen Frachtauslagen nach Wien und zurück mit 2 bis 3 fl. pr. Zentner ersparen.

Rebündem liefere ich noch Terpentinöl russ. und österr. à 24 bis 28 fl., Kampfin 28 fl., schwarzes Pech 5 fl. für Eisen- und Walzwerke, besonders verwendbares Maschinenfett 10 bis 14 fl., Maschinöl 28 bis 40 fl., Talg 31 fl., dann vorzüglichem schnelltrocknenden Holz- und Eisenlack à 24 fl. für Tischler und Maschinenisten.

Briefe mit Aufträgen wegen Niederlagen, und Preisconrants bitte zu richten nach Wien an Joh. Paul Sohn, Armeeeffektlieferant und Privilegiumsbefitzer, Traugasse Nr. 658.

3. 425. (2)

Die Wein-Lizitation

bei der Herrschaft Gonobitz nächst der Eisenbahnstation Pöltschach in Steiermark, allwo

2000 österr. Eimer

weißer und rother Weine aus den bekannt vorzüglichen **Vinarter, Mittersberger und Gonobitzer** Weingebirgen von den Jahren 1858, 1859 und 1860 zum Verkaufe kommen, wird hener am 8. April und die darauffolgenden Tage abgehalten.

Die Weine werden in Halbgebunden sammt denselben gegen Ertrag eines entsprechenden Angeldes nach gemachtem Zuschlage und Zahlung des Restes bei der Abfuhr, verkauft, und beginnt diese Lizitation am 8. bei den Kellern zu Schloß Gonobitz und endet am nächsten Tage beim Keller zu Seizdorf.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein, die

fürst Windisch-Grätz'sche Verwaltung
zu Gonobitz.

mer (krizanski borst) über das Fällen, Schneiden, Spalten, Aufklatern und sodann nach Laibach führen von 24 Klastr. Brennholzes eine Minuendolizitation abgehalten werden, der Ausrufspreis pr. Klafter ist auf 3 fl. öst. W. festgesetzt.

Verwaltungsamt der D. D. R. Kommande. Laibach am 11. März 1861.

3. 406. (2)

In Oberschischka bei Laibach ist zu Georgi eine schöne Wohnung mit 7, auch 10 Zimmern, mit oder ohne Einrichtung, sammt Küche und Speisekammer, nach Belieben auch ein Stall auf 5 Pferde im Schlosse Grubenbrunn zu vergeben.

Auch ist daselbst ein großer, guter Weinkeller täglich zu verpachten. Die näheren Bedingnisse daselbst.